
Eine nicht enden wollende Krise der Repräsentation

2

Die heutigen Demokratien stehen einem Paradox gegenüber. Auf der einen Seite war das demokratische Regime noch nie so weit über den Planeten verbreitet, und die Ereignisse der 2010er Jahre bestätigen seine Attraktivität für Bevölkerungen, die unter autoritären Regimen leben. Auf der anderen Seite leiden die repräsentativen Regierungen unter einer schleichenden Legitimitätskrise, werden von der Globalisierung und der Krise eines Wirtschaftsmodells erschüttert, das auf der Hegemonie des Finanzkapitals aufbaut, und scheinen nicht in der Lage zu sein, die ökologischen Herausforderungen zu meistern. Während sich der soziale Wandel beschleunigt, finden die wesentlichen demokratischen Innovationen fern einer weitgehend erstarrten institutionellen Politik statt. Die wachsende Individualisierung der modernen Gesellschaften und die Schwächung fester kollektiver Identitäten induzieren eine distanziertere Haltung gegenüber der institutionalisierten Politik, während dieser Wandel gleichzeitig beträchtliche Energien für zivilgesellschaftliches Engagement nichtkonventioneller Art freisetzt.

2.1 Die Manifestationen der Legitimitätskrise

In der Mitte der 2000er Jahre waren die wenigen Referenden, die über die europäische Verfassung abgehalten wurden, eine Offenbarung. Während die politischen Klassen massiv Werbung für eine Zustimmung machten, lehnten die Franzosen und die Niederländer, zwei der befragten Völker, mit großer Mehrheit ab; die Iren verwarfen dann in der ersten Abstimmung eine revidierte Fassung des Vertrags. Das französische Referendum vom Mai 2005 war in dieser Hinsicht besonders erhellend: 92 % der Repräsentanten im Parlament (Nationalversammlung und Senat zusammen) hatten sich für eine Verfassungsreform ausgesprochen, aber 55 % der Wähler entschieden sich für ein „Nein“. Abgesehen von nationalistischen

Tendenzen zeugte dieses Abstimmungsergebnis von einer doppelten Ablehnung: Der Zurückweisung der neoliberalen Politiken, für die viele Wähler (und Politiker) die Europäische Union verantwortlich machten, und der Zurückweisung einer politischen Klasse, die für die Wünsche ihrer Mandanten taub zu sein schien. Die Europawahlen zeugten ebenfalls von dieser Unbeliebtheit: Die Wahlbeteiligung, die auf der Ebene der EU im Jahre 1979 über 60 % gelegen hatte, ist seitdem stetig gesunken und erreichte 2009 und 2014 kaum mehr 43 %. In geringerem Maße drückt sich diese Enthaltung auch an nationalen Wahlen aus, wo sie mitunter beträchtliche Spitzenwerte erreicht. Überall – oder fast überall – ist das Vertrauen der Bürger in die politischen Verantwortlichen auf einem Tiefstand, die Parteien verzeichnen sinkende Mitglieder- und Sympathisantenzahlen, das Prestige der politischen Klasse ist im Niedergang.

Umfragen zeigen, wie tief der Graben zwischen Bürgern und gewählten Vertretern ist. 2010 und 2011 zeigen Erhebungen, dass lediglich 13 % der französischen Wähler denken, dass die politisch Verantwortlichen sich stark oder ausreichend dafür interessieren, was die einfachen Leute denken. Nur 13 % vertrauen den politischen Parteien: Diese stehen auf der Liste ganz am Ende und gelten als noch weniger vertrauenswürdig als die Banken (denen immerhin 20 % vertrauen), weit abgeschlagen hinter den Krankenhäusern und der Polizei, aber auch überholt von den großen öffentlichen Unternehmen, der Europäischen Union, den großen Privatunternehmen, den Gewerkschaften, der WTO, den Medien, oder den G 20! Und obwohl sich eine Mehrheit für politische Themen im weitesten Sinne interessiert, äußern 39 % der Befragten Misstrauen, 23 % Abscheu, 12 % Lustlosigkeit, wenn sie an die tatsächliche Politik denken – gegenüber nur 15 % Interesse, 6 % Hoffnung und 2 % Respekt.²⁴ Ähnliche Zahlen lassen sich für viele andere Länder finden: Eine Umfrage der Stiftung für Zukunftsfragen ergab, dass kaum 10 % der deutschen Bürger auf die Frage: „Denken Sie, dass Politiker zukünftige Herausforderungen lösen können?“ mit Ja antworteten (10,4 % für die Bundespolitiker, 8,6 % für die Landespolitiker, 7,2 % für die Lokal- und Gemeindepolitiker und 6,0 % für die Europapolitiker).²⁵

Angesichts solcher Symptome und der Geschwindigkeit des sozialen Wandels verschiedenster Art, für den das Internet und die sozialen Netzwerke lediglich die augenfälligsten Beispiele sind, kann die Kraft des *Status quo* nur erstaunen. Wenn wir uns nur auf die eigentlichen Regeln des politischen Spiels beschränken: Welche

24 „Baromètre de la confiance politique“, CEVIPOF, Oktober 2011 und Dezember 2010, <www.cevipof.com/fr>.

25 Stiftung für Zukunftsfragen, Repräsentative Befragung von 2000 Bundesbürgern über 14 Jahren, November 2012.

bemerkenswerten Innovationen gab es hier in den letzten Jahrzehnten? Der Mangel an Vorstellungskraft bei den Institutionen ist verblüffend. Die politisch Verantwortlichen erscheinen insgesamt als unfähig, mutige Reformen einzuleiten. Einige empfehlen schlicht und ergreifend die Anpassung der Politik an die Erfordernisse des Finanzkapitalismus – und riskieren dabei, in Verlegenheit zu geraten, als dieser eine globale Krise unerhörten Ausmaßes hervorruft. Andere suchen den Fehler bei äußeren Feinden oder geben den Schwarzen Peter an die Gesellschaft zurück. In einer immer bedrohlicheren Welt müssen „unsere“ Werte, „unser“ Sozialsystem, „unsere“ Art, Politik zu machen, gegen die neuen Barbaren verteidigt werden. Der Aufstieg des Individualismus gerade bei den jungen Leuten bedrohe den Bürgersinn und das Engagement für die gemeinsamen Werte. Der Rückzug auf sich selbst und das Verfolgen der eigenen Interessen würden allgemeine Praxis. Kurz gesagt, das goldene Zeitalter der Politik liege nunmehr hinter uns. Eine beträchtliche Zahl von Politikwissenschaftlern argumentiert übrigens in sehr ähnlicher Weise.

Und doch gibt es viele Zeichen, die dieser pessimistischen Vision widersprechen. Ist die Toleranzschwelle gegenüber der Ungleichbehandlung von Männern und Frauen denn nicht stark herabgesetzt worden und sind die Geschlechterrollen nicht in zunehmendem Maße Gegenstand kritischer Reflexion? Aus dieser Perspektive sehen wir eine anthropologische Revolution, die, auch wenn sie noch weit davon entfernt ist, zu ihrem Ende gekommen zu sein, auf dem Wege ist, ein jahrtausendaltes, fast universelles Verhältnis von Dominanz und Unterordnung umzustürzen. Werden etwa nicht Fragen, die lange Zeit tabu waren, wie das schwierige Erbe der kolonialistischen Vergangenheit oder das NS-Regime, allmählich diskutiert und aufgearbeitet? Sind die jungen Europäer, ungeachtet des Ausmaßes xenophober Haltungen, denn nicht offener gegenüber ihren Altersgenossen anderer Länder des Kontinents als sie es jemals waren, und äußern sich nationalistische Reflexe nicht im Jahr 2016 mit weitaus mehr Zurückhaltung als in der Vergangenheit? In vielen Ländern hat das Engagement in Vereinen in den letzten Jahrzehnten beträchtlich zugenommen. Das Aufblühen von Internetseiten und Blogs, die öffentlichen Fragen gewidmet sind, zeigt den Willen, zu verstehen und zu diskutieren, und deutliche Sozialkritik äußert sich in den Texten zahlloser Musikgruppen, sei es im Rap, im Reggae oder im Rock. Davon abgesehen sind in den letzten Jahren neue Protestbewegungen aufgekommen und haben sich seit Beginn der 2000er Jahre insbesondere in der Galaxie der globalisierungskritischen Bewegung versammelt, wo sie sich für die Bewahrung des ökologischen Gleichgewichts einsetzen, „Wall Street besetzen“ (in der *Occupy Wall Street-Bewegung*) oder „sich empören“ (bei den spanischen „15 M“) über die drückenden sozialen Konsequenzen der Maßnahmen, die getroffen

wurden, um der Finanzkrise Herr zu werden.²⁶ Ihre Aktionen und Themen haben mitunter die Schwerpunktsetzung der politischen Debatten verschoben: bei der Frage des Friedens in der Welt, den sozialen Begleiterscheinungen der Globalisierung, der Gentechnologie, bei der Frage der globalen Erwärmung. Sie sind Trägerinnen nicht zu vernachlässigender zivilbürgerlicher Energien. Das wirkliche Problem besteht nicht darin, dass die europäischen Gesellschaften in eine Phase der Dekadenz eingetreten wären, sondern darin, dass die politischen Systeme nicht in der Lage sind, sich von den vorhandenen zivilbürgerlichen Dynamiken zu nähren, um den Herausforderungen der heutigen Welt entschlossen entgegenzutreten.

2.2 Sechs strukturelle Faktoren

Um diese immer wiederkehrenden Probleme zu verstehen, reichen die konjunkturrellen Schwierigkeiten der einen oder anderen Partei, die Fehlritte oder Ambitionen dieses oder jenes Politikers, die Enthüllung dieser oder jener „Affäre“, die institutionellen oder kulturellen Besonderheiten dieses oder jenes Landes als erklärende Momente nicht aus. Die westlichen politischen Systeme stoßen auf strukturelle Herausforderungen, die sich verschränken und gegenseitig verstärken. Es lassen sich mindestens sechs dieser Strukturprobleme unterscheiden.

Die machtlose Politik. Seit der Mitte der 1970er Jahre scheint die Politik unfähig zu sein, der sozioökonomischen „Krise“ Herr zu werden. Das letzte Vierteljahrhundert erlebte keinen wirtschaftlichen Rückgang, im Gegenteil: Die Bruttoinlandsprodukte sind im Jahr 2016 weitaus höher als früher, ebenso das mittlere Einkommen der Bevölkerungen, und dies trotz der großen Rezession von 2008-2009. Gleichwohl haben die dringendsten sozialen Probleme keine befriedigende Lösung gefunden, und von diesem Gesichtspunkt aus sind die Zukunftsaussichten beunruhigend. Fast überall wird die Lohnarbeit massiv prekariisiert, die Ungleichheit nimmt zu, während am anderen Ende der Reihe die Langzeitarbeitslosen und die „verarmten Arbeitnehmer“ in die „Entkopplung“ getrieben werden, um einen Begriff von Robert Castel zu verwenden.²⁷ Die offene Krise von 2008/2009 hat das Problem noch explosiver gemacht. Zum ersten Mal seit langer Zeit treten die neuen Generationen

26 Christopher Malone et al., *Occupying Political Science: The Occupy Wall Street Movement from New York to the World*, Palgrave Macmillan, 2013; Stéphane Hessel, *Indignez-vous!*, Montpellier, Indigène éditions 2010.

27 Robert Castel, *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*, UVK, Konstanz 2000.

mit düsteren Perspektiven in das aktive Erwerbsleben ein als ihre Eltern. Das neue Regime der Kapitalakkumulation, das sich seit den 1970er Jahren durchgesetzt hat, setzte den Schwerpunkt auf das Finanzkapital. Zwar schien die neoliberale Politik in einigen Ländern ein sprunghaftes Wachstum einleiten zu können; dieses wurde aber durch eine Verstärkung der Ungleichheit und das Entstehen einer Finanzblase erkaufte, die schließlich implodierte und eine schwere Wirtschaftskrise verursachte. In Europa sind ganze Länder vom Zusammenbruch bedroht, wobei Griechenland nur der schwierigste Fall ist. Die jungen Generationen werden in besonderem Maße an den Rand gedrängt und haben kaum Perspektiven darauf, dass sich die Situation hin zu einer berechenbareren Zukunft entwickeln könnte. Auch der Euro selbst bietet keine Sicherheit mehr. Das Festhalten an Rezepten, die längst gescheitert sind, führt in die Sackgasse und zu Ungerechtigkeiten, die kaum mehr erträglich sind. Überall ist die Entwicklung im Ungleichgewicht, was zu einer ökologischen Rechnung führt, die schwer auf den kommenden Generationen lasten wird. Die nationalen Wohlfahrtsstaaten sind durch den Fortschritt der ökonomischen Globalisierung geschwächt, ohne dass ein soziales Europa, das noch kaum existiert, an ihre Stelle getreten wäre. Das nationale Modell hat es einmal ermöglicht, integrierte Ökonomien und einen demokratischen politischen Rahmen hervorzubringen. Es scheint aber in zunehmendem Maße unangemessen zu sein. Und auch wenn die Rückkehr zum Gewohnten, von der die Souveränisten träumen, illusorisch ist, fehlt es den übergeordneten Ebenen an Konsistenz; das Fehlen einer europäischen Wirtschaftspolitik, die diesen Namen verdiente, ist dafür nur das deutlichste Merkmal. Was ist daher noch daran verwunderlich, dass die Politik ihren Platz zugunsten einer „Governance“ räumt, die nur scheinbar apolitisch ist, sich auf den breiten Konsens von Wirtschafts-„Experten“ stützt, jedoch regelmäßig den Interessen der privilegierten sozialen Schichten dient?

Der politische Niedergang der unteren Klassen. Obwohl es für jeden deutlich wahrnehmbar ist, dass die soziale Ungleichheit zunimmt, sind die Klassenidentitäten in zunehmender Auflösung begriffen. Dieses Phänomen betrifft in erster Linie die unteren Klassen, während die Großbourgeoisie oder die globalisierten Finanzeliten ein weitaus klareres Bewusstsein ihrer Interessen besitzen und Organisationskanäle finden, um diese zu verteidigen. Natürlich gibt es immer noch Arbeiter in Europa, aber kaum mehr eine Arbeiterklasse im Sinne einer Gruppe, die sich in einem Gefühl der Zugehörigkeit vereinigte und über ein dichtes organisatorisches und institutionelles Netzwerk strukturierte. Die Konstituierung der nationalen Arbeiterklassen hatte Jahrzehnte erfordert und wurde niemals endgültig erreicht, insofern als das Bemühen, die einzelnen Gruppen zu einigen, immer wieder neu aufgebracht werden musste. Ihr Zerfall erfolgte in atemberaubender Geschwindigkeit, befördert durch eine Restrukturierung des Produktionsprozesses,

durch die Übertragung von Mechanismen, die die Solidarität der Gruppe sichergestellt hatten, an den Wohlfahrtsstaat, durch die Infragestellung der allgemein akzeptierten Werte des fordistischen Modells (angefangen mit einem bestimmten Konzept von Arbeit), durch das Aufkommen von Spaltungen quer zu den Klassen wie Geschlecht oder Rasse (wobei die Arbeiterklasse bis dahin in symbolischer Hinsicht „weiß“ und männlich repräsentiert war). Der Misskredit, in den die historische Alternative geriet, die der Sozialismus dargestellt hatte, sowie in geringerem Maße die Infragestellung des Wachstumsgedankens, der eine „soziale Marktwirtschaft“ hatte ermöglichen sollen, spielten ihrerseits eine entscheidende Rolle. Die Machtlosigkeit der politischen Verantwortlichen bei dem Versuch, eine wirksame Verteidigung der materiellen Interessen der unteren Schichten sicherzustellen, hat diese Entwicklung noch beschleunigt, während die Infragestellung autoritärer Organisationsmodelle dazu beitrug, eine Arbeiterbewegung, in der die Hierarchien häufig sehr ausgeprägt waren, zu schwächen.

In einer Phase, in der strukturelle Ungleichheiten infolge der Dynamiken des Finanzkapitalismus explosionsartig anwachsen,²⁸ verweisen am Anfang des einundzwanzigsten Jahrhunderts alle Umfragen auf einen politischen Zerfall der unteren Klassen, die sich massenhaft von ihren traditionellen Organisationen abkehren. Häufiger als andere flüchten sie sich in politische Enthaltensamkeit. Auf den Rat der Experten und Kommunikationsspezialisten haben viele Politiker ihre Trauerzeit über diesen Zustand abgeschlossen, weil sie davon ausgingen, dass alles nun davon abhinge, die mittleren Klassen zu erobern, die eher geneigt waren, zur Wahl zu gehen. Praktisch überall in Europa bedurfte es der Erfolge rechtspopulistischer Parteien, der Aufstände in den benachteiligten Stadtvierteln oder dem Erscheinen mafiöser Strukturen in vielen Ländern, damit die „Rückeroberung der Wählerschaft in den unteren Klassen“ wieder auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Der Erfolg ist bislang alles andere als gesichert. Das Anfangsrisiko des „Populismus“ rührt von diesem Niedergang her, ebenso wie Versuche eines Teils der politischen Führer, auf die sozialen Ängste zu antworten, indem sie mit Sicherheitsideologien oder ethnischen Identitäten spielen anstatt daran zu arbeiten, wie sich die Lage der unteren Klassen in der Gesellschaft verbessern ließe.

Die Entstehung der Risikogesellschaft. Die modernen westlichen Gesellschaften sind zu „Risikogesellschaften“ geworden, um eine Formulierung des Soziologen Ulrich Beck aufzugreifen.²⁹ Zwar mussten sich Menschen immer schon der Un-

28 Thomas Piketty, *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, C.H. Beck, München 2014.

29 Ulrich Beck, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1986.

sicherheit und unvorhergesehenen Konsequenzen ihres Handelns stellen,³⁰ aber heute sehen sie sich einem ungeheuren Ausmaß an kaum mehr zu reparierenden Erschütterungen gegenüber, die von der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung verursacht wurden und von denen die globale Erwärmung oder die genetischen Manipulationen nur die offenkundigsten Beispiele sind. Darüber hinaus ist es das Verhältnis der Gesellschaften zu den Wissenschaften und zur Technologie, das sich verändert hat. Eine Kritik der „Ambivalenz des Fortschritts“ gibt es nicht erst seit gestern, und die Sehnsucht nach der vormodernen Gesellschaft ist ebenso alt wie die Moderne. Aber im einundzwanzigsten Jahrhundert sind diese Zweifel nicht mehr einfach eine Angelegenheit rückwärtsgewandter oder konservativer Milieus. Sie durchdringen sogar das wissenschaftliche Milieu sowie diejenigen sozialen Schichten, die am stärksten in die Fortentwicklung der Wissenschaften und Technologien involviert sind. Sie stützen sich nun auf die Erkenntnis, dass Wissenschaft und Technik nicht die Allheilmittel für die Probleme sind, denen sich die Menschheit gegenübersteht, sondern dass sie ebenfalls ein untrennbarer Bestandteil des Problems sind, da, wo die Entwicklungen, die sie ermöglichen, unvorhergesehene und häufig unerwünschte Effekte haben. Angesichts der globalen Erwärmung und der raschen Erschöpfung der Bodenschätze und fossilen Energien erscheint eine rein technologische Abwehr, die nicht den Modus des Wachstums in Frage stellt, als illusorisch. Im übrigen haben Geschichte und Soziologie der Wissenschaften die Bedeutung politischer Kontingenz in den großen wissenschaftlichen Weichenstellungen aufgezeigt, und die sozialen Bewegungen haben die ökonomischen Interessen und zweifelhaften ethischen Haltungen hinter scheinbarer technischer Neutralität bloßgestellt. Das Aufkommen ökologischer Fragen hat in dieser Hinsicht eine wichtige Rolle gespielt. Eine Reihe von Themen allgemeiner Tragweite wie die Stadtpolitik oder die Gesundheitspolitik haben ihrerseits hierzu beigetragen.

Der Staat des „Wirtschaftswunders“ nach dem Zweiten Weltkrieg war sozial und scientistisch. Die zweite Dimension wird in genau dem Moment in Frage gestellt, als die erste geschwächt ist. Ein gewichtiger Teil der Argumente, die das öffentliche Entscheidungsmonopol der politischen Klasse und der Experten legitimierten, basierte auf den Vorzügen der Arbeitsteilung. Diese lässt es angelegen scheinen, sich an Leute zu wenden, die kompetenter sind als man selbst, weil sie Fachleute in einer Materie und daher eher in der Lage sind, objektive und rationale Entscheidungen zu treffen. Sobald deutlich wird, dass Handeln in einer unsicheren Welt erfolgt, dass die Fachleute Entscheidungen treffen, die nicht nur „objektiv“ sind und dass sie

30 Jared Diamond, *Arm und Reich. Die Schicksale menschlicher Gesellschaften*, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 2011.

nicht imstande sind, alle Konsequenzen in den Griff zu bekommen, ist die epistemologische Fundierung der doppelten Delegation an Politiker und Wissenschaftler erschüttert.³¹ Die Autorität, die die letzteren für sich geltend machen konnten, ist nicht mehr selbstverständlich, und die Unfähigkeit der Regierenden angesichts öffentlich diagnostizierter Probleme wie der globalen Erwärmung verfehlt es nicht, die Skepsis gegenüber ihrem Handeln zu verstärken. Die zunehmende Tendenz, Forschung über den Markt finanziell abzusichern, bedroht den Pluralismus der Formen, in denen Wissenschaft und Technik reguliert werden.³²

Die Krise des bürokratischen öffentlichen Handelns. Zur Zeit steckt das öffentliche Handeln in einer Krise. Vor einem Jahrhundert konnte der Soziologe Max Weber noch die höhere Rationalität des modernen bürokratischen Staates rühmen, in dem die Beamten sich damit begnügen, die von ihren Vorgesetzten gefassten Beschlüsse auf das Genaueste umzusetzen, ohne dass er dabei die Gefahr einer vollkommen verstaatlichten Wirtschaft unerwähnt gelassen hätte.³³ Eine solche Auffassung wäre heute unververtretbar. Das Nachdenken über die Ursachen der Šoah hat ihre Gefahren mehr als deutlich gemacht. In völlig anderer Weise hat der Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ seinerseits dazu beigetragen, bürokratisches Handeln zu delegitimieren, aber Gründe, die den westlichen Demokratien zu eigen sind, haben ihrerseits entscheidendes Gewicht.

Bereits Karl Marx machte sich über die Auffassung lustig, dass die Bürokratie ein neutrales Instrument im Dienste des Universellen sein könne und kritisierte heftig den dort real herrschenden Korporatismus.³⁴ Heute kann die Reaktion aller, die mit der kafkaesken Schwerfälligkeit traditionellen staatlichen Handelns konfrontiert sind, nur Verstörung sein. Trotz der Bemühungen zahlreicher Beamte, die sich für ihre Arbeit aufopfern, funktionieren die öffentlichen Dienste, die auf traditionelle Weise arbeiten, in abnehmendem Maße im Dienste ihrer Kundschaft und schon gar nicht im Dienste der unteren Klassen, die als erste mit ihnen in Berührung kommen, da sie in ihrem Alltagsleben in hohem Maße von staatlichen Leistungen abhängig sind. Reformvorschläge kamen im Zusammenhang mit den Theorien des *new public management* auf, die ihrerseits von der Entwicklung privater Managementtechniken inspiriert waren. In den skandinavischen Ländern haben sie dazu geführt, den Staat wieder in die Verantwortung zu nehmen und seine

31 Michel Callon/Pierre Lascumes/Yannick Barthe, *Agir dans un monde incertain. Essai sur la démocratie technique*, Seuil, Paris 2001; Richard Sclove, *Democracy & Technology*, Guilford Press, New York 1995.

32 Dominique Pestre, *Science, Argent et Politique*, INRA éditions, Paris 2003.

33 Max Weber, *Gesammelte politische Schriften*, 5. Auflage Tübingen 1988.

34 Karl Marx, *Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie*, in: MEW Bd. 1.

Performanz, seine Reaktionsfähigkeit gegenüber seinen Leistungsempfängern zu steigern und die Transparenz seiner Funktionsweise zu erhöhen, was wiederum die Legitimität seiner Rolle gestärkt hat. In anderen Ländern wurden diese Theorien in erster Linie herangezogen, um die Einführung marktwirtschaftlicher Kriterien in das öffentliche Handeln einzuführen, Privatisierungen zu legitimieren und die Vorzüge eines minimalen Staates zu rühmen – minimal im Bereich des Sozialen und der Wirtschaft, während Herrschaftsfunktionen wie Militär und Polizei bis zur Hypertrophie an Kraft zunahmen. Deutschland und sein neues Steuerungsmodell liegen etwa dazwischen. Die öffentlichen Dienste scheinen dazu verurteilt zu sein, unter den Schlägen der Privatisierung immer weiter zurechtgestutzt zu werden oder sich auf einem *Status quo* einzurichten, der ihre Leistungsempfänger bestraft.

Die Linke trägt in dieser Sache schwere Verantwortung, da sie zwischen der Einordnung der Bürger als Arbeiter, Beamte oder Angestellte, bei der vergessen wird, dass diese auch Leistungsempfänger sind, und einer unkritischen Anpassung an die Regeln des Finanzkapitalismus oszilliert. In einem Kontext, in dem buchhalterische Kriterien der einzige Maßstab zu werden scheinen, kommen die Grenzen der traditionellen Funktionsweise des Staates umso machtvoller zum Vorschein. Die Politiker sind gezwungen, die Schwierigkeiten anzuerkennen, die der Transformation von Programmen in konkretes Handeln im Wege stehen, und sie sehen sich einer Maschinerie gegenüber, deren Undurchsichtigkeit und Schwerfälligkeit sehr machtvoll sind. Selbst die Verwaltungsbeamten mit den besten Intentionen sind misstrauisch gegen Einmischungen der politischen Verantwortlichen in ihr alltägliches Handeln, da diese nicht mit ihren Akten umgehen können und nicht die Mittel haben, um sich ein klares Bild von der Mechanik einer Bürokratie zu machen, die sie leiten sollen.

Die ideologische Hürde. Die Legitimitätskrise des politischen Systems hat auch ideologische Gründe im engeren Sinne. Die Mobilisierung der Bürger funktioniert nicht einfach nach einer utilitaristischen Logik der Interessenvertretung. Sie hängt in hohem Maße von Idealen ab, die Quellen der Identitätsbildung darstellen können und es erlauben, an die Möglichkeit einer gerechteren Welt zu glauben. Nun hat das Scheitern des autoritären Sozialismus einem Ideal, das in entscheidender Weise über zwei Jahrhunderte dazu beigetragen hat, die Massen zu begeistern, einen heftigen Schlag versetzt. Die Sozialdemokratie hingegen ist ideologisch bankrott. Es gibt wenige andere Ideale, die geeignet wären, die Nachfolge anzutreten. Die christlich-demokratische Ideologie ist ihrerseits sehr geschwächt. Die nationalistische Triebfeder, die einstmals so mächtig war, ist im einundzwanzigsten Jahrhundert als (teilweise) fortschrittliche Kraft eingerostet und kaum noch in der Lage, mehr als Rückkehrbewegungen hervorzubringen. Zumindest in Europa sind die traditionellen Ideologien nur mehr Schatten ihrer selbst. Zwar sind sie noch imstande, einen Teil

der sozialen Ängste in Bezug auf herbeiphantasierte Objekte zu kristallisieren, aber sie sind nicht mehr in der Lage, die Energien der Massen zu wecken.

In Frankreich gilt dies in besonderem Maße für die republikanische Ideologie. Sie hatte immer auch ein düsteres Gesicht, das sie den Kolonisierten, der Anwesenheit von Frauen in der Politik und dem öffentlichen Leben, der Autonomie der Arbeiterklasse, den individuellen Rechten zuwandte. Gleichwohl hatte sie ihre Sternstunden und war fähig, Millionen von Individuen dazu zu veranlassen, den Himmel zu stürmen für den republikanischen Staat, gegen die religiösen Mächte und die aristokratischen Machenschaften, in Verteidigung der Nation gegen ihre äußeren Feinde oder dafür, den Volksklassen einen zwar subalternen, aber doch anerkannten Status in der Gesellschaft zu verleihen. In den 2010er Jahren ist sie nur noch ein Schatten ihrer selbst.

Ursachen im Inneren des politischen Systems. Schließlich lässt sich eine Reihe von Ursachen auf die Funktionsweise des politischen Systems zurückführen. Die politische Klasse zeichnet sich mehr und mehr durch Gewohnheiten, durch eine eigene Lebensweise und eine eigene soziale Erfahrung aus, die sie als eine Gruppe konstituieren, deren Interessen und Weltsicht sich von denen der übrigen Bürger unterscheiden. Lediglich mit den administrativen und ökonomischen Eliten scheint die politische Spitze eine Gemeinschaft zu bilden, wobei der intensive Austausch zwischen diesen Sphären bei den Beherrschten das Gefühl nährt, dass sie alle in einen Sack gesteckt gehören. Darüber hinaus ist die soziale Zusammensetzung der europäischen politischen Klasse heute unglaublich begrenzt. Frankreich fällt hier ganz besonders auf: Vor den Wahlen von 2012 waren nur 18 % der Deputierten Frauen, 59 % waren älter als 55 Jahre (wobei sich dieser Wert von Wahl zu Wahl erhöhte), die unteren Klassen waren fast nicht repräsentiert (nur 6 % Arbeiter und Angestellte, obwohl diese Gruppen die Mehrheit der erwerbstätigen Bevölkerung stellen), die „sichtbaren Minderheiten“ waren fast vollständig abwesend und Arbeitnehmer im privaten Sektor in hohem Maße unterrepräsentiert. Diese Angaben, die sich nach den Parlamentswahlen von 2012 kaum verändert haben, werden von einer großen Mehrheit der Bürger als großer Mangel betrachtet. In den übrigen Ländern sieht es ein bisschen besser aus, aber auch dort macht sich das Problem deutlich bemerkbar. Diese Entwicklung, die vor allem in Europa und Nordamerika spürbar ist, steht in einem starken Kontrast zu einer Gegenbewegung in Lateinamerika und Indien, wo sich die unteren Schichten in den vergangenen Jahrzehnten in den politischen Repräsentationsorganen etabliert haben.³⁵

35 Leonardo Avritzer, *Democracy and the Public Space in Latin America*, Princeton University Press, Princeton/Oxford 2002; Christophe Jaffrelot, *India's Silent Revolution – The*

Ergebnis: Das politische System ist im Leerlauf und wird lediglich noch von kleinlichen Streitereien um Macht und persönlichen Ambitionen angetrieben. Die „Affären“, die regelmäßig die Szene wachrütteln, verstärken lediglich noch eine negative Meinung, die durch weitere Faktoren bekräftigt wird. Dieses Abdriften erfasst auch die Außenseiter: Häufig zerfleischen sich die ökologischen Bewegungen oder die radikale Linke, die angetreten waren, um „Politik auf andere Weise zu machen“, gegenseitig in internen Auseinandersetzungen und in Rivalitäten zwischen Einzelpersonen, die denen im politischen *Establishment* in nichts nachstehen. Was ist also daran verwunderlich, wenn die Energien, die das System hervorbringt, im Wesentlichen negativ sind und sich in Widerstandsbewegungen manifestieren, die Mühe haben, eine andere Zukunft zu entwerfen, da sie nicht die Macht haben, Projekte innerhalb der politischen Klasse zu artikulieren?

2.3 Auf dem Weg zu einer Mediendemokratie?

Wir müssen uns etwas ausführlicher mit einer der Schlüsseldimensionen der Entwicklung des politischen Systems auseinandersetzen: den Parteien. Ihre Schwächung wird als generelles Phänomen deutlich, wenn wir ihre aktuelle Lage mit der der 1960er oder 1970er Jahre vergleichen. Überall auf dem Kontinent wecken die Parteien das Misstrauen der Bürger.³⁶ SPD und CDU hatten im Jahre 1990 zusammen 1.833.000 Mitglieder, 2012 zählen sie lediglich noch 953.000³⁷ – eine Tendenz, die sich zweifellos an anderer Stelle fortsetzen und die dreißig oder vierzig mächtigsten europäischen Parteien erfassen dürfte. Selbstverständlich sind sie weit davon entfernt, zu verschwinden, und sie bleiben die wichtigsten Selektionskanäle für das politische Personal. Bei Gelegenheit vermögen sie sogar noch zu rekrutieren. Es scheint aber eine Epoche zu ihrem Ende gekommen zu sein: die Epoche, in der die Demokratie fast ausschließlich um sie herum aufgebaut war.

In der Vergangenheit konnten insbesondere die Parteien der Linken auf eine ganze Palette von Satellitenorganisationen zurückgreifen, von den Gewerkschaften über Genossenschaften und eher punktuelle Bewegungen (wie die Friedensbewegung) bis hin zu Elternvereinigungen. Die Sozialdemokratien Nord- und Mitteleuropas,

Rise of the Lower Castes in North India, New York/Columbia Press, London/Hurst, New Delhi/Permanent Black 2003.

36 Russell Dalton/Martin Wattenberg (Hrsg.), *Parties without Partisans. Political Changes in Advanced Industrial Societies*, Oxford University Press, Oxford 2002.

37 Quelle: Wikipedia.

einige kommunistische Parteien und die christdemokratischen Parteien waren tatsächlich in den Massen verankert. Diese Kraft fehlt ihnen heute, und auch wenn die Bedeutung ihrer Mitglieder in den Assoziationen und Gewerkschaften nicht zu unterschätzen ist, werden diejenigen, die sich bereitwillig als Transmissionsriemen zur Verfügung stellen, immer seltener. Der Bereich der sozialen Bewegungen und der der institutionalisierten Politik überschneiden sich heute in weitaus geringerem Umfang als früher.

Diese Entwicklung ist sinnbildlich für das Ende einer Epoche. Von dem Moment an, als die *Volksparteien* gegen Ende des 19. Jahrhunderts auf der politischen Szenerie erschienen, repräsentierten sie einen ambivalenten Prozess. Auf der einen Seite bezeichneten sie die zunehmende Marginalisierung der Honoratioren, das heißt derjenigen, die ihr soziales Kapital – das beispielsweise aus Eigentum oder aus Netzwerken geschöpft wurde – unmittelbar in politisches Kapital ummünzen konnten. Obwohl die Volksparteien sich häufig gegen das parlamentarische politische System wandten und im Faschismus und Nationalsozialismus dazu beitrugen, dieses System für eine gewisse Zeit zu zerstören, erlaubten sie doch auf lange Sicht die Integration der Volksmassen in ein politisches System, das sie bis dahin vor der Tür hatte stehen lassen. Diese Entwicklung spielte eine entscheidende Bedeutung für den allmählichen Aufbau eines Sozialstaates, der seinerseits die Einbeziehung der Massen in ein System förderte, in dem sie Gewicht zu haben schienen – und sei es lediglich über tribunizische Gewalten, die Einfluss auf die politische Agenda nehmen oder einen bestimmten Teil der Macht beanspruchen konnten, etwa in der Verwaltung der Kommunen oder der Sozialversicherung. Sie trugen in hohem Maße zur Entstehung sozialer Gruppen bei, zuallererst der Arbeiterklasse, und bildeten die bevorzugte Vermittlungsinstanz zwischen dem politischen Feld und dem Rest der Gesellschaft.

Und doch hatten die politischen Parteien von Anfang an auch eine andere, dunklere Seite. Mit ihnen entstanden zentralisierte, autoritäre bürokratische Strukturen, Apparate, die auf Kosten der Basis den Kern der Macht in ihren Händen konzentrierten, das heißt: etwas, das mit dem Versprechen der Demokratisierung, das sie zu verkörpern schienen, kaum in Einklang zu bringen war. Entstanden in einer Dynamik, die zum allgemeinen Wahlrecht der Männer führen sollte, orientierten sich diese Parteien schematisch an zwei Modellen. Das erste, die Wählerpartei, war in den Vereinigten Staaten und Großbritannien einflussreich. Es wurde vor allem aus einer absteigenden Dynamik geboren, nämlich der Konkurrenz der politischen Eliten um möglichst viele Wählerstimmen.³⁸ Das zweite Modell, die Arbeiter-Massenpartei, stammte vor allem aus Deutschland. Dieses Modell entwickelte sich

38 Mosei Ostrogorski, *La Démocratie et les Partis politiques*, Seuil, Paris 1979.

in der aufsteigenden Dynamik einer Organisation der Arbeitermassen, die sich dann als zentraler Akteur in den Wahlkämpfen durchsetzte und von anderen politischen Orientierungen kopiert wurde. An ihrem Beispiel entwickelte Robert Michels seine berühmte These vom „ehernen Gesetz der Oligarchie“, dem zufolge die Arbeiterbewegung dazu verurteilt sei, in hierarchischer Bürokratisierung zu erstarren.³⁹ Max Weber entwarf seinerseits ein Panorama, in dem er die beiden Modelle zusammenführte und sie zur allgemeinsten Entwicklung der modernen Gesellschaften in Beziehung setzte.⁴⁰ Ein Jahrhundert später scheint es das Modell USA zu sein, das sich in Europa durchgesetzt hat: Die Parteien sind die ganze Zeit über vor allem Wählerparteien: Maschinerien zur Gewinnung von Wählerstimmen, die wenig Wert legen auf ihre ideologischen Grundlegungen und wenig gemein haben mit einer Selbstorganisation der unteren Schichten.

Bernard Manin hat gezeigt, inwieweit die Parteiendemokratie eine Variante der repräsentativen Demokratie ist. Um dieser ein klares Profil zu geben, das es gestattet, sie von anderen Regimen abzugrenzen – nicht zuletzt von der direkten Demokratie –, schlägt Bernard Manin vier Definitionskriterien vor: die Wahl der Regierungen in regelmäßigen Abständen; die Autonomie der Gewählten gegenüber den Regierten im Entscheidungsprozess (die Regierenden sind nicht an ein imperatives Mandat gebunden und zum Beispiel auch nicht verpflichtet, ihre Wahlversprechen einzuhalten); als Gegengewicht die Autonomie der öffentlichen Meinung gegenüber den Regierenden; schließlich die Überprüfung der Entscheidungen durch die Feuerprobe der öffentlichen Debatte.⁴¹ Unter diesem Blickwinkel grenzt Bernard Manin die repräsentative Demokratie eindeutig ab von der „reinen Demokratie“, in der die Bürger tatsächlich die Möglichkeit hätten, die Macht selbst auszuüben.

Die Athener hatten dies, als Erfinder der Demokratie, verstanden, als sie erläuterten, dass die Wahl insofern einer aristokratischen Logik folge, als sie dazu führe, die „Besten“ zu selektieren. Die Väter der französischen und der amerikanischen Republik hatten sich am Ende des 18. Jahrhundert sehr entschieden dieser Sichtweise angeschlossen, indem sie die repräsentative Demokratie sowohl gegen den Absolutismus als auch gegen die antike Demokratie stellten, die einige die „wahre Demokratie“ nannten. Die Wahl von Repräsentanten sollte dazu dienen, einen Distinktionsmechanismus einzurichten, der die Regierungen von der Masse des Volkes trennte. Man erinnert sich des berühmten Ausspruchs von James Madison,

39 Robert Michels, *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens*, Klinkhardt, Leipzig 1911.

40 Max Weber, *Politik als Beruf*, München/Leipzig 1919.

41 Bernard Manin, *Kritik der repräsentativen Demokratie*, Matthes & Seitz, Berlin 2007.

einer der einflussreichsten Gründer der amerikanischen Republik: Die Wahl führt dazu, „dass die öffentliche Meinung differenzierter und umfassender wird, weil sie das Medium einer ausgewählten Körperschaft von Bürgern passiert, deren Klugheit die wahren Interessen des Landes am besten erkennen lässt und deren Patriotismus und Gerechtigkeitsliebe sie am wenigsten Gefahr laufen lässt, dieses Interesse kurzfristigen oder parteiischen Rücksichten zu opfern. So kann es geschehen, dass die Stimme des Volkes, wenn sie von seinen Vertretern erhoben wird, eher zum Wohl des Ganzen ertönt, als wenn sie aus dem Volk selber spricht, das zu diesem Zweck zusammentritt.“⁴² Diese Wahlaristokratie unterschied sich von der alten durch die Art, in der sie gebildet wurde, und damit auch durch ihre politischen Konsequenzen und die Form ihrer Legitimität. Faktisch waren diese aufgeklärten Bürger in der Regel auch die wohlhabendsten, aber sie sollten in der Folge eines offenen Wettbewerbs bestimmt und *a posteriori* kontrolliert werden, sobald sie sich wieder um ihr Mandat bewarben, sowie in der Ausübung ihrer Ämter begrenzt werden. Die *Federalists* schufen im übrigen ein Gegengewicht zur Delegation der Macht von den Regierten an die Regierenden über ein ausgeklügeltes System der Gewaltenteilung und der „checks and balances“, über die Anerkennung legitimer Interessenvertretung und über die Betonung der Verantwortlichkeit (*accountability*) der Gewählten.

Die dominierenden Formen des französischen Republikanismus wiederum teilten den Gedanken der „checks and balances“ nicht, sondern trieben die Enteignung der Regierten auf die Spitze. Der Abbé Sieyès, eine zentrale Figur der französischen Konstituierenden Versammlung, betonte – hier in Übereinstimmung mit James Madison –, dass die Gewählten sich von der Masse unterschieden. Die Bürger ernennen „Repräsentanten, die viel mehr als sie selbst fähig sind, das Gemeininteresse zu erkennen und ihren eigenen Willen entsprechend auszulegen“.⁴³ Für Sieyès wie für Madison hatte diese höhere Eignung einen teilweise sozialen Ursprung, insofern als die Repräsentanten über einen gewissen Wohlstand verfügen mussten, damit sie den Versuchungen der Unordnung und der Korruption widerstehen könnten.⁴⁴ Aber sie besaß noch eine zweite Dimension. Im französischen Republikanismus geht aus den Wahlen ein einheitlicher Körper hervor, die Repräsentantenkammer,

42 James Madison, „An das Volk des Staates New York“, The Federalist Nr. 10, in: Alexander Hamilton/James Madison/John Jay, *Die Federalist Papers. Übersetzt, eingeleitet und mit Anmerkungen versehen von Barbara Zehnpfennig*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1993, S. 98.

43 Emmanuel-Joseph Sieyès, „Rede des Abbé Sieyès über die Frage des königlichen Vetos usw. in der Sitzung vom 7. September 1789“, in: Emmanuel Joseph Sieyès, *Politische Schriften 1788-1790*, R. Oldenbourg, München/Wien 1981, S. 259-276, hier S. 266.

44 Emmanuel-Joseph Sieyès, „Die Nation“, in: *Politische Schriften, op. cit.*, S. 90.

die physisch die Nation inkarniert und der konstituierenden Gewalt ein Gesicht gibt. Die Repräsentation ist in diesem Sinne nicht reduzierbar auf eine Aufgabe, die Personen anvertraut wird, welche an der Stelle ihrer Wähler handeln sollen. Sie ist mehr noch eine Inkarnation und eine Inszenierung, eine Repräsentation als Vorstellung im theatralischen Sinne, ein Stück, das vor dem Volk gespielt wird. Dieser Republikanismus eignet sich so den Sinngehalt der Repräsentation im *Ancien Régime* an, wo der souveräne Herrscher für seine Untertanen – vor ihnen und nicht von ihnen delegiert – die Einheit der Nation verkörperte.⁴⁵

Laut Bernard Manin ist die moderne repräsentative Demokratie ein aus mehreren Bestandteilen zusammengesetztes Regime: aristokratisch insofern, als es einer vom Volk unterschiedenen und von ihm unabhängigen Elite die wirkliche Macht verleiht, demokratisch insofern, als diese Elite sich über die Wahl (und eventuelle Wiederwahl) konstituiert und ihre Macht im Prinzip den Gesetzen unterworfen ist, die sie erlässt (es handelt sich um einen Rechtsstaat), die Regierten frei sind, eine von der Regierung abweichende Meinung zu artikulieren und diese verpflichtet ist, ihre Entscheidungen öffentlich zu rechtfertigen. Dieses Regime ist in der Geschichte anhand dreier Modelle durchdekliniert worden. Das erste wurde in der Zeit des Zensuswahlrechts eingeführt, dauerte aber länger an als dieses; es beruhte auf der Herrschaft der Honoratioren und der Zentralität des Parlaments im politischen Leben. Das zweite war an die Volksparteien gebunden, die ihre Kraft aus der Integration der Volksmassen in das politische System zogen und den Kern der Macht, Entscheidungen zu treffen, auf sich konzentrierten.

Bernard Manin geht davon aus, dass wir heute die Entstehung eines dritten Modells repräsentativer Demokratie erleben, das er die „Publikumsdemokratie“ nennt. In einem anderen konzeptuellen Register bezeichnen einige Analysten es als „Mediendemokratie“, da es gekennzeichnet sei durch den zentralen Ort der Medien in einem politischen Leben, wo die televisuelle Inszenierung als Marketingtechnik immer mehr an Gewicht gewinnt. Unter dem bestimmenden Einfluss der Kommunikationsberater und der Meinungsforschungsinstitute werden die politischen Verantwortlichen dazu gedrängt, die Parteiapparate zugunsten anderer öffentlicher Bühnen zu vernachlässigen. In einer Zeit, in der eine Fernsehsendung es erlaubt, Millionen potentieller Wähler zu erreichen, erscheint die Arbeit der unermüdlichen Parteiarbeiter, die die Parteizeitung verkaufen oder Traktate verteilen,

45 Olivier Beaud, „Repräsentation‘ et ‚Stellvertretung‘. Sur une distinction de Carl Schmitt“, in: *Droits*, 6, 1987; Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Suhrkamp, Frankfurt am Main 1990; Pierre Rosanvallon, *Le Peuple introuvable. Histoire de la représentation démocratique en France*, Gallimard, Paris 1998.

stark entwertet. Der Fernseher zählt mehr als der Parteitag. Mehr noch werden letztere nun auf ihre televisuelle Verarbeitung hin ausgerichtet! Die Bürger sehen sich so von der Vormundschaft der politischen Apparate befreit, aber sie kommen letztlich vom Regen in die Traufe: Die Regierenden neuen Typs sind Medienmagnaten, Starjournalisten, Kommunikationsspezialisten, Meinungsforscher und Politiker, die verstanden haben, wie sich dieses neue Spiel nutzen lässt. Von der vorrangig bürokratischen Form der Herrschaft der Apparate sind wir tendenziell übergegangen zu einer Herrschaft der Medien, die ihrerseits in höherem Maße auf charismatischen Eigenschaften aufbaut. Das Tempo der Medien fördert dabei den Drang nach dem Ereignis und macht es schwieriger, sich an Reformen zu wagen, die langen Atem erfordern, obwohl solche Reformen mitunter unabdingbar sind, um strukturelle Probleme zu lösen. Es wäre daher weniger von einer Krise der repräsentativen Demokratie zu sprechen, als vielmehr von der Krise eines dieser Modelle, nämlich der Parteiendemokratie, und ihrer zunehmenden Ersetzung durch ein anderes Modell.⁴⁶

2.4 Eine Gegentendenz

Die Beschäftigung mit der Krise der Demokratie ist so alt wie die Demokratie selbst, und sie hat in unregelmäßigen Abständen die antiken Fälle ebenso geprägt wie die heutigen Erfahrungen. Pierre Rosanvallon hat im Anschluss an Claude Lefort gezeigt, dass das Wesen des demokratischen Regimes darin besteht, dass es sich ständig neu erfindet. Wir sollten uns also gegen eine Tendenz verwahren, die Krise der demokratischen Legitimität als etwas zu betrachten, was noch nie dagewesen wäre und zu übersehen, dass sie – wenigstens zu einem Teil – der Übergang von einem Modell repräsentativer Demokratie zu einem anderen ist. Und trotzdem: Ist unsere Diagnose mit dieser Feststellung abgeschlossen? Ist es hinreichend, die jetzige Phase schlicht und einfach als Zeit der Festigung der Herrschaft der Meinungsdemokratie mit ihren Kommunikationstechniken und ihrer Prämierung medialen Charismas zu analysieren? Müssen wir nicht unsere Aufmerksamkeit denjenigen Zeichen schenken, die auf das Gegenteil hindeuten? Insbesondere zwei dieser Zeichen fordern zum Nachdenken auf.

Zum einen hat sich eine ganze Reihe von sozialen Bewegungen in den letzten zwei oder drei Jahrzehnten Organisations- und Mobilisierungsformen angeeignet, die auf horizontaler Koordination und einer starken deliberativen Komponente

46 Bernard Manin, *Kritik der repräsentativen Demokratie*, op. cit.

aufbauten, während sie gleichzeitig Aktionsformen entwickelt haben, die das Interesse der Medien auf sich ziehen sollten. Solche Formen sind nicht ohne weiteres im Rahmen eines Rasters repräsentativer Demokratie interpretierbar, das vertikale Machtbeziehungen betont. Zu Beginn der 1970er Jahre waren die Feministinnen auf ähnliche Weise in der Lage, die westlichen Gesellschaften und die politischen Parteien in ihrem Innersten zu erschüttern, ohne eine formalisierte Organisation mit einem entsprechenden Apparat, gewählte Sprecherinnen oder hauptberufliche Spezialistinnen zu benötigen. Am Ende der 1970er und zu Beginn der 1980er Jahre wurde dieses Modell vielerorts übernommen, als die feministischen, ökologischen und pazifistischen „neuen sozialen Bewegungen“ in weiten Kreisen hierarchische Strukturen ablehnten, dem der institutionellen Politik und dem repräsentativen Strukturen inhärenten Delegationsprinzip misstrauten und Organisationsformen vorschlugen, die eher auf den Netzwerkgedanken denn auf die Pyramide zurückgriffen.⁴⁷ Natürlich sind in einem solchen Netzwerk manche Punkte wichtiger als andere, aber diese differentielle Macht kristallisiert nicht als Befehlsgewalt, die sich auf eine formalisierte Hierarchie und Repräsentation stützen würde.

In jüngster Zeit und überall auf der Welt haben sich in den globalisierungskritischen Mobilisierungen Bezugsgruppen – *affinity groups* – entwickelt, die aus der anarchistischen Tradition stammen. Die Bezugsgruppe ist eine autonome Einheit von fünf bis zwanzig Personen, die die gleiche Sache verfolgen und die gleiche Sichtweise darüber teilen, mit welchen Mitteln diese zu vertreten sei. Der Entscheidungsprozess ist hier im Kern egalitär, deliberativ und erfolgt in gegenseitigem Einvernehmen. Als Aktionsbasis bei großen Straßendemonstrationen wie in Genua während der Proteste gegen den G8⁴⁸ haben die Bezugsgruppen eine Lebensdauer von einigen Stunden oder Tagen und funktionieren, indem sie sich untereinander frei koordinieren. Obwohl sie sehr minoritär sind, haben sie eine beeindruckende Kompetenz darin gezeigt, zahlreiche – insbesondere junge – Menschen anzuziehen und Massenaktionen effektiv zu koordinieren, wobei Genua in dieser Hinsicht allerdings ein Gegenbeispiel war.⁴⁹ Diese Aktions- und Organisationsformen finden sich in anderen Mobilisierungen wieder: Eine kleine Gruppe beschließt eine

47 Claus Offe, „Challenging the Boundaries of Institutional Politics : Social Movements Since the 1960s“, in Ch.S. Maier (Hrsg.) *Changing Boundaries of the Political (Essays on the Evolving Balance Between the State and Society, Public and Private in Europe)*, New York, Cambridge University Press, 1987, S. 63-105.

48 Massimiliano Andretta/Donatella Della Porta/Lorenzo Mosca, *Global, Noglobal, New global. La Protesta contro il G 8 a Genova*, Laterza, Rome 2002

49 Francis Dupuis-Déri, „L’altermondialisme à l’ombre du drapeau noir“, in: Eric Agricolansky/Olivier Fillieule/Nonna Mayer (Hrsg.), *L’Altermondialisme en France*, Flammarion, Paris 2005.

Aktion, benachrichtigt Freunde und Bekannte per SMS, Twitter, Facebook oder sozialen Netzwerke, bewirkt auf diese Weise sehr mobile Zusammenschlüsse, die sehr plötzlich in der Folge von Delegiertenplen, die während der Demonstration abgehalten werden, das Aktionsziel oder die Aktionsform verändern können, wobei das ganze mehr auf dem Konsens der Teilnehmenden denn auf Organisationsdisziplin beruht. Im Jahre 2011 zeigten die arabischen Revolutionen, die *Occupy Wall Street*-Bewegung und die Mobilisierungen der Bewegung 15-M in Spanien die Tendenz, diesem Modell zu folgen. Seitdem haben weitere neue soziale Bewegungen mit unterschiedlichsten Ideologien dieses Modell übernommen, wie in Brasilien, Taiwan oder Hong Kong in den Jahren 2013 und 2014.

Parallel dazu hat die globalisierungskritische Bewegung von der lokalen bis hin zur internationalen Ebene das „Forum“ als Koordinierungsmittel adaptiert; es wird als Diskussionsraum für heterogene Gruppen aufgefasst, die sich in ihrer Ablehnung der neoliberalen Globalisierung einig sind. Die „Forumsform“ zielt darauf ab, Debatten in konsensueller Form zu organisieren und die Bildung von Netzwerken zu fördern; gleichzeitig wird eine repräsentative Logik abgelehnt, in der einige wenige im Namen der anderen sprechen, um ein Programm zu formulieren, Tagesordnungen festzusetzen oder Aktionen in Gang zu setzen. Dabei werden die Foren von manchen durchaus als Gelegenheit genutzt, Aktionen zu koordinieren; das wichtigste Beispiel waren hier die internationalen Demonstrationen gegen den Irak-Krieg Anfang 2003. Seit dem fünften Weltsozialforum in Porto Alegre 2005 konnten mehrere zehntausend Menschen, die zu solchen Ereignissen drängten, über die in vielen internationalen Medien auf der ersten Seite berichtet wurde, zwischen Tausenden selbstverwalteter Workshops wählen, ohne dass jemand sich den Titel eines Leiters hätte anmaßen können, der offizielle Verlautbarungen machen konnte. Die Organisatoren hatten auf eine solche Position verzichtet und sich lediglich die Möglichkeit vorbehalten, die gewählte Organisationsform zu erläutern und zu prüfen, ob die Gruppen, die an diesem Forum teilnehmen wollten, die Grundprinzipien der Charta der Bewegung respektierten.⁵⁰ Das Internet erlaubt es – über seine Funktion als Mobilisierungsmittel in bestimmten Situationen hinaus – „Amateuren“, an politischer Information und Diskussion zu partizipieren. Eine Kontrolle des Austauschs erfolgt eher *a posteriori* und horizontal denn über die Tätigkeit von professionellen *gate keepers* (politischen Verantwortlichen, Journalisten, Herausgebern). Die repräsentative Politik hat Mühe, diese Dynamiken zu integrieren.⁵¹ Ein kooperatives und horizontales Modell hat sich etwa bei

50 Chico Whitaker, *Das Weltsozialforum. Offener Raum für eine andere Welt*, VSA, Hamburg 2007.

51 Dominique Cardon, *La Démocratie Internet. Promesses et limites*, Seuil, Paris 2010.

Wikipedia als hochproduktiv erwiesen. Es hat es nicht nur ermöglicht, die größte Enzyklopädie der Welt zu erstellen, sondern es hat auch soziale Bewegungen inspiriert. Die bekannteste dieser Bewegungen, Anonymous, beruht in hohem Maße auf einer Reproduktion der gleichen Organisationslogik.⁵²

In diesen horizontalen Mobilisierungs- und Organisationsformen spielen Parteiaktivisten durchaus eine Rolle, aber sie sind kaum in der Lage, die Bewegung zu kontrollieren oder zu manipulieren. Meistens nähern sich ihre Gallionsfiguren an das Modell des Häuptlings an, wie es Pierre Clastres beschrieben hat: Gegen das Vergnügen, zu leiten, laden sie eine Schuld gegenüber der Gemeinschaft auf sich, die sie dadurch abtragen, dass sie sich in deren Dienst stellen, mehr als andere arbeiten und die Früchte ihrer Arbeit allgemein zugänglich machen. Sie haben keine Befehlsgewalt und ihre Fähigkeit, die Anderen mitzureißen, beruht auf ihrem Vermögen, sie in der Diskussion von der Folgerichtigkeit ihrer Vorschläge zu überzeugen.⁵³ Die heutigen spontanen Sprecher können für eine gewisse Zeit von größeren Gruppen als Repräsentanten angenommen werden, und zwar aufgrund der Intensität ihres Engagements für eine Sache, ihrer Selbstlosigkeit oder ihres Fachwissens. Sie können aber keine Legitimität durch Wahl beanspruchen, verfügen nicht über eine hierarchische Struktur, die ihnen den Gehorsam ihrer Sympathisanten garantieren würde, und können keine Mittel gesetzlichen Zwangs anwenden. Vergleichbare Phänomene hat es immer gegeben, aber die Zurückdrängung der Einflussphäre der Parteien und Massenorganisationen, das distanziertere Verhältnis zum Engagement sowie die Entwicklung des Internets und der sozialen Netzwerke haben dazu geführt, dass ihre Bedeutung zugenommen hat. Vor allem dann, wenn eine souveräne Einheit fehlt und sich heterogene Akteure (gewählte Repräsentanten, kooptierte oder selbsternannte Sprecher, organisierte Lobbys) auf freiwilliger Basis versammeln, nimmt die Zahl der Entscheidungen zu, die eher durch „offensichtlichen Konsens“⁵⁴ denn durch Abstimmung erzielt werden. Die weltweiten Gipfeltreffen zu Umweltfragen der 2000er Jahre sind hierfür ein aussagekräftiges Beispiel. Vermittelt durch diese Formen des Engagements, die mitunter extrem intensiv sind und deren Fähigkeit, die politische Tagesordnung zu verändern, in regelmäßigen Abständen bewiesen wird, experimentieren Tausende

52 Nicolas Danet/Frédéric Bardeau, *Anonymous: Pirates informatiques ou altermondialistes numériques?*, FYP Editions, Limoges 2011.

53 Pierre Clastres, *La Société contre l'Etat*, Minuit, Paris 1974; dt. Ausgabe: *Staatsfeinde: Studien zur politischen Anthropologie*, Suhrkamp, Frankfurt am Main 1976.

54 Philippe Urfalino, „The Rule of Non-Opposition: Opening Up Decision-Making by Consensus“, *The Journal of Political Philosophy*: 22/3, 2014, S. 320-341.

Menschen mit einer Politisierung, die nicht auf das Besetzen von Mandaten oder die Übernahme der Staatsgewalt hin ausgerichtet ist.

Die zweite Entwicklung, die sich der Durchsetzung der Meinungsdemokratie entgegenzustellen scheint, besteht in der Vermehrung von institutionalisierten Dispositiven der „partizipativen Demokratie“ bzw. der „deliberativen Demokratie“⁵⁵. Es ist erstaunlich, zu welcher Blüte die institutionelle Phantasie auf diesem Feld in den letzten dreißig Jahren in der Lage war. In extrem unterschiedlichen nationalen Kontexten und getragen von unterschiedlichen Akteuren haben häufig sehr komplexe Prozeduren in mehreren Ländern zeitgleich das Licht des Tages erblickt. Der Bürgerhaushalt von Porto Alegre ist darunter nur das bekannteste Beispiel, weil es einer der erfolgreichsten Versuche ist und weil er sich an einer Nahtstelle zwischen den sozialen Bewegungen, die sich in der globalisierungskritischen Bewegung zusammengeschlossen haben, und einer institutionellen lokalen Regierung befindet, die Trägerin sozialer Transformationsprozesse ist.⁵⁶ Er hat ein breites Echo gefunden und ist weltweit imitiert und adaptiert worden, auch in Europa; er war auch insofern ein bemerkenswertes Phänomen, als die institutionellen Innovationen bis dahin im Allgemeinen vom Norden in den Süden gekommen waren und nicht umgekehrt.⁵⁷ Und es war kein Zufall, dass eben diese Stadt ausgewählt wurde, um vier der fünf ersten Tagungen des Weltsozialforums zu beherbergen.

55 In diesem Buch werden die Begriffe „deliberative Demokratie“, „deliberativ“ und „Deliberation“ im Sinne der angelsächsischen politischen Philosophie verwendet. Im Englischen bezeichnen „Deliberation“ und „deliberativ“ die Vorstellung einer umfassenden Diskussion und Berücksichtigung aller Seiten eines Problems; am Ende einer Deliberation kann es zu einer Entscheidungsfindung kommen, muss es aber nicht. Der theoretische Gehalt des Begriffs ist in hohem Maße von der Habermasschen Diskurstheorie abgeleitet.

56 Rebecca Abers, *Inventing Local Democracy. Grassroots Politics in Brazil*, Boulder, London 2000; Marion Gret/Yves Sintomer, *The Porto Alegre Experiment. Learning Lessons for a Better Democracy*, Zed Books, New York 2004; Boaventura de S. Santos (Hrsg.), *Democratizing Democracy. Beyond the liberal Democratic Canon*, Verso, London/New York 2005; Gianfranco Baiocchi, *Militants and Citizens. The Politics of Participatory Democracy in Porto Alegre*, Stanford University Press, Stanford 2005; Brian Wampler, *Participatory Budgeting in Brazil: Contestation, Cooperation, and Accountability*, Pennsylvania State University Press, 2010.

57 Yves Sintomer/Carsten Herzberg/Anja Röcke, *Der Bürgerhaushalt in Europa – eine realistische Utopie? Zwischen partizipativer Demokratie, Verwaltungsmodernisierung und sozialer Gerechtigkeit*, VS-Verlag, Wiesbaden 2010; Yves Sintomer/Carsten Herzberg/Giovanni Allegretti, *Bürgerhaushalte weltweit*, Engagement Global, Bonn, Serie Dialog Global 25.2014; Carsten Herzberg/Yves Sintomer/Hans Kleger, *Hoffnung auf eine neue Demokratie. Bürgerhaushalte in Lateinamerika und Europa*, Campus, Frankfurt/M./New York 2012.

Wir haben es mit einem bemerkenswerten ideologischen Wandel zu tun, der sich in diesem Bereich bereits abgespielt hat und ausgehend von einer Aufwertung der Diskussion, der Debatte, der Abstimmung und der Partizipation weiter fortsetzt. In ihm kristallisiert sich der „neue Geist“ des modernen öffentlichen Handelns, in der gleichen Weise, in der Luc Boltanski und Ève Chiapello für die vergangenen zwei Jahrzehnte einen „neuen Geist des Kapitalismus“ rekonstruieren konnten.⁵⁸ Ein veritabler „deliberativer Imperativ“ scheint heute der Ausgangspunkt für die Einrichtung der unterschiedlichsten Dispositive zu sein, von der nationalen Kommission für öffentliche Debatten zu den Bürgerhaushalten, von Quartiersräten bis zu Bürgerversammlungen, von Konsenskonferenzen hin zu Bürgerjurs. In anderer Form findet er sich in den neuen Formen kollektiven Handelns wieder, die wir oben erwähnt haben. Zwar ist der Kontrast zwischen den rhetorischen Ambitionen und der Bescheidenheit der Umsetzung oftmals beträchtlich. Das Aufkommen einer neuen Grammatik des öffentlichen Handelns und der politischen Bindung sollte jedoch ernst genommen werden.⁵⁹

In diesem Licht betrachtet erscheint es nicht mehr als statthaft, alles über einen Kamm zu scheren, wie es die französischen politisch Verantwortlichen getan haben, als sie sich über den Vorschlag empörten, ihre Handlungsweise könnte von Bürgerjurs evaluiert werden. Insbesondere erscheint es als wenig überzeugend, so unterschiedliche Phänomene unter dem Begriff Meinungsdemokratie zusammenzufassen. Wenn so viele französische Volksvertreter Alarm schlagen und verkünden, die Einrichtung von Bürgerjurs trage zum Verschwinden der Politik, zur Schwächung der Regierungsmöglichkeiten, zum Niedergang des Parteiengagements oder schließlich zu einem Siegeszug des „Populismus“ bei, könnte man sich die Frage stellen, ob diese nostalgischen Schmähreden nicht vor allem von einer Überalterung der politischen Klasse und ihren Schwierigkeiten zeugen, die innovativsten Tendenzen der Gegenwart zu begreifen. Und wenn weitere Politiker die Vorschläge, Bürgerjurs einzurichten, geringschätzig vom Tisch wischen: Ist dies ein Zeichen dafür, dass sie das Allgemeinwohl verteidigen oder vor allem dafür, dass sie für die Idee einer kompetenten öffentlichen Debatte zu wenig empfänglich sind?

Abseits der konjunkturbedingten Polemiken zwingt uns die Entwicklung der antiautoritären Momente in den sozialen Bewegungen sowie der institutionalisierten partizipativen Dispositive dazu, einen genaueren Blick auf die Geschichte der modernen westlichen Demokratien zu werfen. Diese lässt sich nämlich nicht ohne weiteres auf die Metamorphosen der repräsentativen Demokratie, jenes

58 Luc Boltanski/Ève Chiapello, *Der neue Geist des Kapitalismus*, Uvk, Konstanz 2003.

59 Loïc Blondiaux/Yves Sintomer, „Das deliberative Imperativ“, in: C. Herzberg/H. Kleger/Y. Sintomer (Hrsg.), *Hoffnung auf eine neue Demokratie*, op. cit.

zusammengesetzte, halb demokratische, halb aristokratische Regime reduzieren, das Bernard Manin so trefflich analysiert hat. Parallel zu dieser Geschichte der repräsentativen Demokratie, meist in Wechselwirkung mit ihr, mitunter an den Rändern versteckt und manchmal im Verhältnis zu ihr völlig verrückt,⁶⁰ war in der demokratischen Praxis immer auch eine andere Dimension anwesend. Sie beruht auf einer minoritären Dynamik, ohne die es aber schlechterdings unmöglich ist, die letzten beiden Jahrhunderte zu verstehen – eine Dynamik, die wir am Beispiel von Arbeiten zur „Geschichte von unten“, die sich den autonomen Aktivitäten der unteren Klassen zuwenden, zu schätzen lernen. Pierre Rosanvallon hat von einer „Gegen-Demokratie“ gesprochen;⁶¹ dieser Begriff schafft jedoch Verwirrung und könnte zu einer Lektüre einladen, die seine „negativen“ Anteile hervorhebt: eben das Misstrauen gegenüber den gewählten Vertretern. Dabei entfaltet sich aber das, was man besser die „partizipative Tendenz“ der Demokratie nennen sollte, nicht allein aus der Kritik der regelmäßigen Neigung der Repräsentanten, den Repräsentierten die Macht, die diese ihnen anvertraut haben, zu enteignen. Sie impliziert vielmehr ein reines Ideal: das einer radikalen Demokratie, in der die Bürger die tatsächliche Macht haben, sich selbst zu regieren, wo die Autonomisierung der Regierenden gegenüber den Regierten minimiert wird und umgekehrt die Räume kollektiver Autonomie maximiert werden. Sie impliziert zudem eine andere Geschichte der Demokratie, deren Chronologie sich nicht mit der der repräsentativen Demokratie deckt (auch wenn sie sich immer wieder damit überkreuzt), sondern eigene mehr oder minder mythische Wendepunkte besitzt (die Revolutionen, die *town-meetings* in Neu-England oder die schweizerische *Landesgemeinde*, die Kommune von Paris, die russischen, deutschen und ungarischen Räte, 1968), eigene Imaginative (die libertären und sozialistischen Utopien, bestimmte Tendenzen des politischen Liberalismus oder der Ökologie, ein Teil des angelsächsischen Republikanismus und Pragmatismus), spezifische Akteure – und auch eigene intrinsische Probleme und Widersprüchlichkeiten.

Wir wollen einen bestimmten roten Faden durch diese andere Geschichte spannen, den der politischen Verwendung des Losverfahrens, und eine Genealogie benennen, die bis zu den Ursprüngen der Demokratie zurückreicht und die es uns erlauben wird, am Ende die Experimente der Gegenwart besser zu verstehen.

60 Michael Hard/Antonio Negri, *Empire: Die neue Weltordnung*, Campus, Frankfurt 2003.

61 Pierre Rosanvallon, *La Contre-Démocratie. La Politique à l'âge de la méfiance*, Seuil, Paris 2006.

Das demokratische Experiment
Geschichte des Losverfahrens in der Politik von Athen
bis heute

Sintomer, Y.

2016, IX, 292 S. 2 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-00730-0